



**Maria Klein-Schmeink**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecherin für Gesundheitspolitik

---

## **Zehn-Punkte-Plan für mehr Patientenrechte und Patientensicherheit**

### **1. Opfer von Behandlungsfehlern vor Gericht stärken**

Wir wollen, dass Opfer von Behandlungsfehlern vor Gericht eine faire Chance haben. Dazu muss die Beweislast für geschädigte Patient\*innen herabgesetzt werden. Liegen Behandlungsfehler und Gesundheitsschaden vor, wird der Ursachenzusammenhang widerlegbar vermutet. Diese Vermutung können Ärzt\*innen erschüttern. Zurzeit scheitern Patient\*innen meist vor Gericht, weil es ihnen nicht gelingt, den Ursachenzusammenhang zwischen Behandlungsfehler und Gesundheitsschaden zu beweisen.

### **2. Härtefallfonds einführen für schwer geschädigte Patient\*innen**

Für schwer geschädigte Patient\*innen wollen wir einen Härtefallfonds nach österreichischem Vorbild einrichten. Dieser soll Patient\*innen entschädigen, wenn nicht eindeutig festgestellt werden kann, ob ein Behandlungsfehler die Ursache für den Gesundheitsschaden war. Der Härtefallfonds soll das bisherige Haftungsrecht nicht außer Kraft setzen, sondern ergänzt dieses. Er ist eine unbürokratische und zügige Hilfe für Menschen in einer existentiell und emotional oft sehr schwierigen Lage und gleichzeitig auch eine Entlastung für Behandler\*innen.

### **3. Transparenz zur Vermeidung von Behandlungsfehlern und für mehr Patientensicherheit**

Wir wollen alle Einrichtungen des Gesundheitswesens verpflichten, Strukturen zur Fehlervermeidung und Patientensicherheit einzuführen und darüber in den gesetzlich vorgeschriebenen Qualitätsberichten in verständlicher Form zu berichten. Ergänzend wollen wir ein öffentlich zugängliches Monitoring, welches u. a. Anzahl und Anlass von Verfahren, festgestellte Fehler und Haftungsentscheidungen auswertet. Um Auffälligkeiten bei einzelnen Prothesentypen bzw. Behandlungskonzepten frühzeitig zu erkennen ist es notwendig, das Endoprothesenregister für alle verpflichtend gesetzlich zu verankern und sicherzustellen, dass Ergebnisse für Patient\*innen und Behandler\*innen zugänglich sind. Der offensive und transparente Umgang mit Fehlern in Krankenhäusern und Praxen ist Voraussetzung für eine patientenorientierte Qualitätssicherung.

### **4. Die elektronische Patientenakte endlich verfügbar machen und in die Hände der Patient\*innen geben**

Wir wollen Patient\*innen in die Lage versetzen, die Digitalisierung im Gesundheitswesen selbst mitzugestalten. Damit die elektronische Patientenakte auch ihren Nutzen entfalten kann, müssen Patient\*innen selbst entscheiden können, ob und welche Funktionen sie zulassen wollen. Patient\*innen müssen Zugang zu ihren Daten haben und selbst entscheiden können, welchem Leistungserbringer sie wann Zugriff auf welche Daten erlauben. Zudem muss es den Patient\*innen ermöglicht werden, selbst Daten in ihre Akte einzupflegen und so aktiv an ihrem Gesundheitsmanagement teilzuhaben. Auf gesetzlicher Ebene bedarf es klarer Bestimmungen zu hohen Schutzstandards und zum Schutz der in der elektronischen Patientenakte gespeicherten Daten, zu unverzichtbaren Eigenschaften, Grundfähigkeiten und Funktionen der Patientenakte.

## **5. Die unabhängige Patientenstiftung für eine starke Patientenstimme**

Wir schlagen die Gründung einer unabhängigen Stiftung vor, die weder von Politik, Krankenkassen noch Pharmaunternehmen beeinflusst wird. Die Stiftung soll als Gemeinschaftsprojekt der nach § 140f SGB V maßgeblichen Patienten- und Selbsthilfeorganisationen den Patientenbelangen einen verlässlichen Ort verleihen und insgesamt die Patientenorientierung in der Gesundheitsversorgung stärken. Sie soll die Patientenvertretung fachlich unterstützen und übergreifende Themenstellungen aufbereiten und Aufgaben übernehmen, die allen Patient\*innen nützen sowie die Patienten- und Selbsthilfeorganisationen bei übergreifenden Themen und Aufgaben zur Seite stehen. Als unabhängige Institution soll sie die Trägerschaft für patientenbezogene Aufgaben übernehmen.

## **6. Persönliche und unabhängige Beratung vor Ort**

Wir wollen die Unabhängige Patientenberatung (UPD) als engagierten Garanten sozialer Bürgerrechte in die Hände der unabhängigen Patientenstiftung legen. Außerdem wollen wir die persönliche Beratung vor Ort wieder ausbauen, um den Bedürfnissen von Ratsuchenden mit vielschichtigen Problemen gerecht zu werden und den Zugang für Arbeitslose, Rentner\*innen und weitere bislang schwer erreichbare Personengruppen zu erleichtern. Die Stiftung verleiht der UPD eine unabhängige Trägerstruktur, bietet Planungssicherheit und ermöglicht, das Beratungsangebot bedarfsgerecht auszubauen und qualitativ weiterzuentwickeln.

## **7. Unabhängiges Informationsportal für Qualitätstransparenz und verlässliche Gesundheitsinformation**

Damit Menschen sich besser im Gesundheitssystem zurechtfinden und gut informierte Entscheidungen treffen können, wenn es um ihre Gesundheit geht, schlagen wir vor, ein qualitätsgesichertes und werbefreies Transparenzportal an die unabhängige Patientenstiftung anzubinden. Nutzer\*innen sollen hier passende Ärzt\*innen, Krankenhäuser oder Pflegeheime finden, von Erfahrungsberichten anderer Patient\*innen profitieren und wissenschaftlich belegte und verständliche Gesundheitsinformationen erhalten. Auch Versicherte müssen beurteilen können, ob und wie sich ihre Krankenkasse für sie einsetzt. Deshalb wollen wir Bewertungsportale, die spezifische qualitative Leistungsangebote und den Umgang mit Antragsleistungen transparent machen. Es muss sich für die Krankenkasse lohnen sich für eine gute Versorgung vor Ort zu engagieren.

## **8. Unterstützung der Patientenvertreter\*innen in der Selbstverwaltung für eine Partnerschaft auf Augenhöhe**

Damit die Interessen der Patient\*innen in der Selbstverwaltung mehr Gehör bekommen, ist eine bessere personelle und finanzielle Unterstützung der Patientenvertretung notwendig. Außerdem wollen wir den Patientenvertreter\*innen mehr Rechte übertragen wie das Stimmrecht in Verfahrensfragen, die Wahl eines unparteiischen Mitglieds im Gemeinsamen Bundesausschuss oder eine stärkere Berücksichtigung in weiteren Institutionen der Selbstverwaltung.

## **9. Freiwilligkeit statt Zwang**

Wir treten für Behandlungsformen ein, die auf Freiwilligkeit statt auf Zwang setzen. Wir wollen psychiatrische Einrichtungen verpflichten, Patient\*innen mit wiederkehrenden Krisen Behandlungsvereinbarungen anzubieten. So können Betroffene, wenn sie es möchten, gemeinsam mit ihrer Ärztin oder ihrem Psychotherapeuten verbindlich festlegen, wie sie im Zustand der Einwilligungsunfähigkeit behandelt werden möchten. Das stärkt das Selbstbestimmungsrecht der Patient\*innen und wirkt Zwangsbehandlungen entgegen. Um Transparenz über die Praxis

herzustellen und Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, setzen wir uns dafür ein, dass flächendeckend Besuchskommissionen eingesetzt und ein dauerhaftes Monitoring über Anzahl, Dauer und Durchführung von Zwangsbehandlungen eingerichtet werden. Außerdem setzen wir uns für einen Dialog zwischen Psychiatrieerfahrenen, Angehörigen und professionell in der Psychiatrie Tätigen ein und wollen Peer-to-Peer-Ansätze über eine Krankenkassenfinanzierung ausbauen und stärken.

#### **10. Gesundheitliche Versorgung von Geflüchteten verbessern**

Damit Asylsuchende und Geduldete Krankenversicherungsschutz erhalten, wollen wir das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und das allgemeine Sozialleistungssystem für alle öffnen. Die psychotherapeutische Behandlung und psychosoziale Unterstützung von Geflüchteten wollen wir verbessern und hierfür spezialisierte psychosoziale Zentren für Geflüchtete und Folteropfer ausbauen und verlässlich finanzieren sowie mehr muttersprachliche Psychotherapeut\*innen zulassen. Damit Ärzt\*innen und Psychotherapeut\*innen nicht deutschsprachige Patient\*innen angemessen aufklären und behandeln können, sollte der Bund die Finanzierung von professionellen Sprach- und Kulturmittler\*innen übernehmen. Eine gute und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung für Menschen, die Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, ist ein Gebot der Menschlichkeit und unserer Verfassung.